

Agglomeration und ländliche Gebiete stärken

Martin Hübscher, Fraktionspräsident SVP, Wiesendangen

Das Grundlagenpapier der SVP deckt erstaunliche Erkenntnisse auf. Ich möchte nochmals kurz auf einzelne hinweisen:

- Das steuerbare Einkommen liegt in den Städten deutlich unter jenem des restlichen Kantons. Dabei verdienen die Angestellten in der Stadt Zürich für ein 100%-Pensum 10% mehr als im übrigen Kanton. Auf dem Land arbeiten 86,6% der Männer Vollzeit (Städte 72,2%), bei den Frauen sind es 63,6% gegenüber 54,3% der angeblich so emanzipierten Städterinnen
- Mit dem Zentrumslastenausgleich subventionieren die Landgemeinden die beiden Städte mit rund 401 Mio. Fr. pro Jahr. Das trifft jeden Einwohner auf dem Land mit durchschnittlich 505 Fr., plus ca. 50 Fr. für das Opernhaus Zürich.
- Der Fehlbetrag im kantonalen Finanzausgleich von 423 Mio. Fr. wird offiziell durch den Kanton getragen. Weil aber in den beiden Städten unterproportional Staatsteuern geleistet werden (rund 362 Mio. Fr.), wird ein Grossteil des Kantonsbeitrags durch die Steuerpflichtigen auf dem Land getragen.
- Obwohl viel weniger Stadtzürcher und Winterthurer Vollzeit arbeiten, beanspruchen sie mit staatlich bezahlten Kindertagesstätten und Horten ein Zehnfaches der Landbevölkerung.
- Anhand der adjustierten Fiskalbilanz kann geschätzt werden, dass die Einwohner der beiden Grossstädte steuerfinanzierte staatliche Dienstleistungen (Bund, Gemeinde, Kantone) im Umfang von 1,2 Mrd. Fr. (2953 Fr. pro Steuerpflichtigen) beziehen, für die sie nicht mit ihren Steuern bezahlen. Die Steuerzahler der Stadt Winterthur decken die ihnen zugutekommenden Staatsausgaben nur zu 64,7 Prozent. Ein Grossteil dieses Fehlbetrags in den Grossstädten wird über den kantonalen Finanzausgleich und andere Mechanismen von den Steuerzahlern auf dem Land bezahlt, wo die Einheit von Stimmbürgern und Steuerzahlern besser gewahrt ist.
- Die beiden Grossstädte bewegen sich somit hin zu einem Modell «Representation Without Taxation»: Sie dominieren zwar in Wahlen und Abstimmungen zunehmend die Landbevölkerung, sind aber von den Konsequenzen (Steuern) weniger betroffen. Als Beispiel möchte ich darauf hinweisen, dass in der Stadt Zürich die 99% Initiative angenommen wurde.

Mit den beiden Beschlüssen zum Strassenfonds und zum Soziallastenausgleich übernimmt der Kanton nochmals über 200 Mio. Fr. zugunsten der Gemeinden, von denen vor allem auch die beiden Städte massgeblich profitieren. Alleine diese Punkte verlangen eigentlich eine Anpassung des Zentrumslastenausgleichs im kantonalen Finanzausgleichsgesetz. Es ist nicht verständlich, weshalb an dieser fixen Zahl im Gesetz festgehalten wird, während in den Agglomerationsgemeinden keine

wesentlichen Unterschiede zu den beiden grossen Städten Winterthur und Zürich auszumachen sind.

Zumal demgegenüber die Zentrumsnutzen, wie dem hohen Anteil Unternehmenssteuern, mit den Konsumausgaben durch die Pendlerströme und dem Städtetourismus völlig ausgeblendet werden.

Die SVP ist nicht gewillt diese Missstände weiterhin tatenlos hinzunehmen und will mit verschiedenen Vorstössen Korrekturen herbeiführen.

- Anpassung Zentrumslastenausgleich: Dieser Vorstoss wird ihnen Kantonsrat Diego Bonato vorstellen
- Umstellung von Objekt- zu Subjektfinanzierung im Kulturbereich: Dieser Vorstoss wird ihnen Kantonsrätin Romaine Rogenmoser vorstellen
- Sitzzahlverteilung in den Behörden anhand Anzahl Schweizer BürgerInnen statt Einwohner
- Verlagerung von Teilen der Zentralverwaltung an günstigere Standorte
- Einführung eines Bezirksmehrs bei kantonalen Sachabstimmung.

Mit dem Bezirksmehr erhalten die ländlichen Regionen mehr Gewicht bei den Abstimmungen. Ein Blick auf das Abstimmungsresultat bei der KVI zeigt die Diskrepanz zwischen den beiden Städten und den übrigen Bezirken. Während sämtliche zehn Landbezirke die KVI abgelehnten haben, stimmten die beiden Bezirke Winterthur und Zürich der Initiative mit 57 respektive 67% zu, was zum Endresultat von 53% «Ja» mündete.

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Kanton Zürich (Endresultat)

Ja

52.83 %

250'337

Stimmbeteiligung 49.99% *i*

223'523

Bezirk Affoltern

Stimmbeteiligung 54.63% *i*

Nein

51.70 %

Bezirk Andelfingen

Stimmbeteiligung 57.75% *i*

Nein

57.00 %

Bezirk Bülach

Stimmbeteiligung 43.06% *i*

Nein

55.77 %

Bezirk Dielsdorf

Stimmbeteiligung 41.31% *i*

Nein

58.78 %

Bezirk Dietikon

Stimmbeteiligung 43.34% *i*

Nein

55.89 %

Bezirk Hinwil

Stimmbeteiligung 47.69% *i*

Nein

50.89 %

Bezirk Horgen

Stimmbeteiligung 52.79% *i*

Nein

53.62 %

Bezirk Meilen

Stimmbeteiligung 58.77% *i*

Nein

57.33 %

Bezirk Pfäffikon

Stimmbeteiligung 51.15% *i*

Nein

52.65 %

Bezirk Uster

Stimmbeteiligung 47.72% *i*

Nein

51.48 %

Bezirk Winterthur

Stimmbeteiligung 53.35% *i*

Ja

57.01 %

Bezirk Zürich

Stimmbeteiligung 54.44% *i*

Ja

66.68 %